

und Lemmer die Funktionen als erster und zweiter Vorsitzender der CDU übernahmen. Von daher ging der Übergang einigermaßen friedlich vor sich.

Hermes selber ist dann sehr bald aus Berlin fortgegangen. Auf die weitere Politik der CDU konnte er – auch wegen seines Verhältnisses zu Adenauer; die beiden Herren liebten sich nicht besonders – dann keinen Einfluß mehr nehmen.- Soweit meine Erfahrungen aus der damaligen Zeit. (Beifall).

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Frau Dr. Wolf. Verraten Sie uns bitte noch, ob Sie Butter und Zucker wieder zurückgeben mußten. (Heiterkeit).

Dr. Erika Wolf: Nein, daß mußten wir nicht, sondern wir haben versucht, daß ein wenig zu verteilen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön.- Herr Dieter Rieke, bitte.

Dieter Rieke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! In gebotener Kürze möchte ich zunächst etwas zu meiner Person sagen. Ich gehöre zu der Generation, die noch zwei Jahre des letzten Krieges aktiv miterlebt hat. Geboren wurde ich in Westdeutschland. Das Kriegsende habe ich in Mitteldeutschland erlebt.

Ich bin nicht ganz frei von Bitternis und Belastung hierher gekommen. Zu tief sind die Verletzungen, die mir die Kommunisten zugefügt haben. Und man kann wohl sagen, daß mein Leben von drei Perioden geprägt wurde. Ich will das mal als Schock bezeichnen. Einmal möchte ich die neunjährige Haft als Sozialdemokrat – das möchte ich hervorheben – in Bautzen erwähnen. Dann nenne ich Erlebnisse der Wende. Schließlich konnte ich vor zwei Wochen meine Stasi-Akten in Berlin einsehen, aus denen hervorgeht, daß man sehr wohl noch – bis in die achtziger Jahre hinein – daran interessiert war, mich irgendwie ans Messer zu kriegen.

Wie ich schon sagte: Ich war 1945 im Bezirk Magdeburg. Dort traf ich nach dem Einrücken der Roten Armee viele junge, aber auch ältere Menschen, die sich zur Sozialdemokratie bekannten. Ich war damals 20 Jahre alt. Die Jungen – darunter war auch ich – wollten sich irgendwie aktiv an der Neugestaltung des Nachkriegs-Deutschlands beteiligen. Auf der anderen Seite gab es Angehörige der älteren Generation, die entweder aus dem Krieg oder aus den KZ-Lagern kamen.

Im Juni wurden durch den Befehl Nr. 2 antifaschistische Parteien zugelassen. Im Bezirk Magdeburg waren wir dann gleich darum bemüht, die Partei mit viel Idealismus und mit viel Energie aufzubauen. Wir haben einzelne Orte besucht. Ich selber war damals in Gardelegen und Stendal ansässig. Auch hatte ich Arbeit als Journalist gefunden.

Wir waren also von dem Ideal getragen: Es muß eine neue Zeit kommen. Und dazu gehörte, daß auch die Sozialdemokratische Partei sich engagierte,

daß die Mitglieder mit dazu beitrugen, daß diese Zeit des Faschismus nun endlich überwunden werden konnte.

Das Land war damals geprägt von den in endloser Zahl hereinströmenden Flüchtlingen und vom Elend der Nachkriegszeit. Es war nicht leicht, untereinander Verbindung zu halten. Aber wir im Bezirk Magdeburg haben schnell eine sehr starke Partei aufbauen können, und wir waren auch ein bißchen stolz darauf. Was wir als junge Menschen nicht ahnen konnten, war, daß man dies mit Wissen der SMAD zugelassen hatte, weil man das Ziel hatte, die Sozialdemokraten irgendwie als Blutspender für die kommunistischen Ziele und Praktiken zu nutzen.

Wir hatten kaum Verbindung untereinander. Es gab die Möglichkeit, hier und da mal ein paar Zeitungen aus Westdeutschland oder aus Berlin zu bekommen. Wir hörten den NWDR, den Hamburger Sender, und wir bekamen gelegentlich auch mal Informationen von Leuten, die es gewagt hatten, nach Westdeutschland zu gehen, um sich ein bißchen umzusehen.

Der Kreis Gardelegen lag nicht weit von der Zonengrenze entfernt. Mit meinen Weggefährten habe ich es unternommen, bis nach Hannover zu fahren, um dort bei der SPD vorzusprechen und mir Informationen geben zu lassen. Dort wurde in den Monaten bis Ende 1945 eine sogenannte Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost aufgebaut, die direkt Kurt Schumacher unterstellt war. Das war also unsere Anlaufstelle.

Wir meinten damals, daß wir, wenn es eine SPD auch in der damaligen SBZ geben würde, auch frei argumentieren dürften, und wir glaubten, daß wir parteipolitische Festlegungen in unsere Argumentation mit einbeziehen konnten.

Vor Ort haben wir durch Versammlungen und durch persönliche Gespräche versucht, eine breite Basis von Sozialdemokraten zu schaffen, die bereit und in der Lage sein sollte, sich der Verantwortung – und zwar in den Verwaltungen, aber auch in den sich damals bildenden Vertretungen der Bürgerschaft – zu stellen. Das fing in den Gemeinden und Kreisen an, und es reichte bis hin zur damaligen Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt. Das war die Institution, die gegenüber der Sowjetischen Militäradministration hinsichtlich des Funktionierens der Wirtschaft verantwortlich war. Das war ja wohl das Allerdringlichste.

Ich selber war Leiter eines Nachrichtenamtes der Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt mit Sitz bzw. Wohnsitz in Gardelegen. Aber ich war sehr oft in Magdeburg und Halle. Und ich muß sagen: Es war ein Schub, den wir spürten. Denn wir glaubten endlich, daß wir am Aufbau einer – wie man so schön sagte – neuen demokratischen Gesellschaftsordnung mitbeteiligt seien.

Im Laufe der Wochen und Monate spürten wir aber auch, wie stark der